



381.0 - HW/ZA

Guatemala, 12. Juni 1990

VERTRAULICHPB Nr. 10/90

Guatemala: steigende Friedenshoffnungen

Die erste Verhandlungsrunde im Rahmen des Osloer-Abkommens zwischen der Nationalen Versöhnungskommission (CNR) und der Widerstandsfront URNG brachte auf Einladung der spanischen Regierung vom 27. Mai bis 1. Juni in San Lorenzo de El Escorial, ausserhalb von Madrid, umfangreiche Delegationen von Vertretern der politischen Parteien Guatemalas einerseits und der URNG andererseits an einen Verhandlungstisch. Ebenfalls anwesend waren Angehörige der CNR als Vermittler und ein persönlicher Abgesandter des UNO-Generalsekretärs, Dr. F. Vendrell, als Beobachter.

Die in Oslo geweckten Hoffnungen und Erwartungen steigerten sich im Laufe des Mai, als sich über praktisch das ganze Parteienspektrum, insbesondere auch bei den wichtigeren Rechtsparteien, ein grosses Interesse an den Verhandlungen bemerkbar machte. Zwar hatten einzelne politische Persönlichkeiten in Guatemala schon seit längerem direkte Kontakte mit der Guerilla gehabt und dies auch zugegeben. Diesmal nun engagierten sich alle führenden Parteien als solche und mit einem gemeinsamen Ziel. Die einstweilen noch nicht beteiligten Instanzen, wie Regierung, Streitkräfte und Sozialpartner liessen sich ebenfalls sehr positiv vernehmen und es machte sich ein fast beunruhigender Optimismus breit, der eine schmerzliche Enttäuschung geradezu herauszufordern schien.

Das Resultat der sechstägigen Klausur hat nun die Erwartungen der meisten Beobachter noch übertroffen. Die eingetretene Annäherung auf menschlicher und politischer Ebene wie überhaupt die Tatsache, dass ein solches Treffen zum erstenmal nach 3 Jahrzehnten der bewaffneten Konfrontation überhaupt stattfand, hebt die Diskussion um eine echte Befriedung des Landes auf eine neue Ebene. Das Verdienst hiefür gebührt zuallererst der Nationalen Versöhnungskommission. Dieses aufgrund von "Esquipulas II" auch in Guatemala ins Leben gerufene, lange Zeit eher belächelte Gremium hat unter der Leitung des Bischofs von Zacapa, R. Quezada T., trotz Skepsis und Abseitsstehen gewisser einflussreicher Kreise einen "nationalen Dialog" in Gang gebracht (die Schweiz leistete daran bekanntlich einen finanziellen Beitrag) und damit auf beiden Seiten das Terrain für diese Begegnung vorbereitet. Ein weiteresmal trat sodann ein in ganz Zentralamerika auch auf höchster Stufe zu beobachtendes Phänomen zutage: Die unberechenbare Wirkung des persönlichen Kontaktes zwischen Entscheidungsträgern und von deren spontanen Initiativen oder Entschlüssen, welche oft die von den beteiligten Institutionen erarbeiteten und in Vorbereitungstreffen zähe verteidigten Positionen über den Haufen werfen.

./.



- 2 -

Das nunmehr unterzeichnete "Abkommen von San Lorenzo de El Escorial" umfasst die folgenden hauptsächlichen Elemente:

- die Suche nach einem Frieden mit politischen Mitteln und die Vervollständigung des demokratischen Systems im Rahmen der geltenden Verfassung sowie der Abkommen von Esquipulas II und Oslo;
- Einbezug aller Sektoren des Landes, einschliesslich der URNG, in einen Demokratisierungsprozess, in dem eine wichtige Stufe die Einberufung einer neuen verfassungsgebenden Versammlung für 1991 sein soll;
- Weitere periodische Treffen zwischen den Politischen Parteien und der URNG unter den gleichen Rahmenbedingungen und Ueberwachungsmechanismen wie diesmal in Spanien;
- Zusicherung der URNG, den Wahlprozess 1990 nicht zu behindern und für die Dauer der Kampagne auf alle Sabotage-Akte zu verzichten.

Im Vergleich zum benachbarten El Salvador fallen folgende Unterschiede ins Auge:

- eine geradezu ungestüme Dynamik der Gespräche, welche schon in der ersten Sitzung mehr erreicht haben als der FMLN und die Regierung Cristiani in einem Jahr (wobei allerdings in Guatemala die Regierung selbst noch nicht engagiert ist);
- das Eintreten seitens der Widerstandsbewegung auf einen verfassungskonformen Friedensprozess und die Anerkennung der Mechanismen von "Esquipulas II", welche bekanntlich die Akzente zugunsten der etablierten Regierungen setzen. Ebenso die ausdrückliche Akzeptation der bevorstehenden Wahlen;
- Die grundsätzliche Bereitschaft der Guerilla, den bewaffneten Kampf einzustellen, ohne feste Garantien für den konkreten Inhalt der darauffolgenden Veränderungen in Stand und Gesellschaft zu erhalten.
- Das Eintreten seitens der "politischen Instanz" auf eine Neugestaltung der Verfassung unter Mitwirkung von verschiedenen Sektoren, die bisher wenig oder kein Mitspracherecht ausgeübt haben.

Unter den Faktoren, die zu einer derartigen Entwicklung beigetragen haben, seien die nach der Meinung der meisten Beobachter wichtigsten kurz erwähnt:

- Die für die URNG ungünstige regionale und globale Konjunktur, welche ihr den bisherigen militärischen, politischen und ideologischen Nährboden zu entziehen droht;
- die Tatsache, dass es der Widerstandsbewegung nicht gelungen ist, die Zivilregierung Cerezo ernsthaft in Schwierigkeiten zu bringen;
- ihr Interesse, ein Friedensangebot zu einem für sie günstigen Zeitpunkt (Schwäche der Regierung, Vorwahlperiode) auf den Tisch zu legen und damit eventuell auch die Wahlen zu beeinflussen (insbesondere müsste ihr daran gelegen sein, den Einfluss von E. Ríos Montt, de facto Staatschef 1982-83, zu reduzieren);
- die in politischen und Wirtschaftskreisen des Landes um sich greifende Erkenntnis, dass das Fortdauern einer auch nur bescheidenen Guerilla-Aktivität den evolutiven Prozess in Guatemala blockiert und das Land zu wirtschaftlicher wie sozialer Stagnation mit negativen und zum Teil unberechenbaren Folgen verurteilt.

./.



- 3 -

Der letztgenannte Punkt ist auch ein wesentliches Element der amerikanischen Diplomatie, welche hier auf zahlreichen Ebenen beharrlich versucht, Guatemala ins Fahrwasser des Fortschrittes zu lotsen, solange dafür noch Zeit bleibt. In der Tat: der hauptsächlich negative Effekt einer auch noch so unbedeutenden Guerilla-Aktivität liegt weniger in den Opfern gelegentlicher Zusammenstösse mit der Armee oder im wirtschaftlichen Schaden von Bombenanschlägen. Viel schwerwiegender ist in einem Land, wo Menschenleben ohnehin wenig gelten, die anhaltende de facto-Militarisierung ausgedehnter Regionen und die pauschale Verdächtigung ganzer Dorfgemeinschaften durch Soldaten, die lieber neun Unschuldige treffen als einen echten "Terroristen" entwischen lassen wollen. Solange diese Situation andauert, bleibt sie ein Nährboden von Gewalt und Misstrauen und ein Hindernis für die effektive Unterordnung der Streitkräfte unter die zivile Gewalt.

Als nächstes stehen nun gemäss Osloer Abkommen für die URNG Begegnungen mit Gewerkschafts-, Kirchen- und Wirtschaftskreisen bevor. Der Dachverband der guatemaltekischen Privatwirtschaft hat öffentlich seine Bereitschaft bekundet, sich fahrplangemäss, also noch diesen Monat, an den Verhandlungstisch zu setzen. Seitens der übrigen Sozialpartner und der Kirche dürften sich kaum Probleme ergeben.

Geht auch diese Serie erfolgreich zu Ende, wird der Weg frei für die dritte und schwierigste Runde: die Verhandlungen mit der Regierung (und damit auch mit den Militärs), wo es unter anderem darum gehen wird, die genauen Modalitäten einer Wiedereingliederung der URNG-Angehörigen in die guatemaltekische Gesellschaft festzulegen. Diese Verhandlungen dürften, mit Rücksicht auf den Wahlprozess und im Einklang mit der vorgesehenen Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für 1991, zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden, wenn alles nach Programm verläuft.

Bis es soweit sein wird, lasten auf dem anlaufenden Friedensprozess noch Risiko- und Unsicherheitsfaktoren. So hat man sich zwar im Escorial auf eine grundlegende Marschrichtung auf dem Weg zu einem friedlichen, demokratischen Guatemala geeinigt. Noch gilt es aber, Begriffe wie "volle Geltung der bürgerlichen und politischen Rechte, unabhängige Wirtschaftsentwicklung, soziale Gerechtigkeit, allgemeine Wohlfahrt, nationale Problematik" oder andere mit konkretem, für Guatemala zutreffenden Inhalt zu füllen. Das Feilschen ums Kleingedruckte steht noch bevor.

Schwerer wiegt meines Erachtens die einstweilen noch bestehende Unsicherheit darüber, inwieweit beide Konfliktparteien nicht nur willens, sondern auch in der Lage sind, eine Kompromisslösung in den eigenen Reihen effektiv durchzusetzen. Dass es hüten wie drüben eine Opposition gibt, ist offensichtlich. Unklar sind einstweilen Ausmass und Stärke dieser Elemente. Sowohl Präsident Cerezo wie auch der kürzlich ernannte neue Verteidigungsminister Bolaños haben das bisher Erreichte ausdrücklich begrüsst, aber auch klargemacht, dass die URNG, wie im Escorial implizit vereinbart, die Waffen niederlegen müsse, ehe sie bei der Gestaltung einer neuen guatemaltekischen Gesellschaft aktiv mitreden könne. Neueste Agenturmeldungen aus Havanna über Kommentare eines URNG-Comandante werfen diesbezüglich wieder Zweifel auf.

./.



- 4 -

Die am bisherigen Dialog beteiligten Parteien werden mit grösster Wahrscheinlichkeit auch den nächsten Präsidenten stellen und zusammen den Kongress dominieren, so dass auch die ab Januar 1991 amtierende Administration auf das jetzt unterzeichnete Abkommen verpflichtet sein wird. Dass der kleine, weit rechts angesiedelte "Partido Institucional Democrático" seine Teilnahme an den jüngsten Gesprächen verweigert hat, wäre an sich zu verschmerzen. Sein Präsidentschaftskandidat heisst aber Efraín Ríos Montt und liegt in den Wahlumfragen, ungeachtet der ihm drohenden Disqualifikation, gleichauf mit Jorge Carpio (UCN) und mit grossem Vorsprung auf die übrigen Kandidaten an der Spitze.

Der seit einem knappen Monat amtierende Verteidigungsminister gilt als persönliche Wahl seines Vorgängers Gramajo und wird bemüht sein, dessen verfassungstreue Linie weiterhin einzuhalten. Dass diese Linie im Offizierskorps auch einflussreiche Gegner hat, zeigte sich nicht nur in den missglückten Putschversuchen vom Mai 1988 beziehungsweise 1989, sondern auch daran, dass unterdessen sämtliche Putschisten soweit nötig ihre Strafen reduziert erhielten und sich wieder auf freiem Fuss befinden. Keiner von ihnen hat je ein Wort der Reue oder Einsicht von sich gegeben. Vielleicht sind in diesen Kreisen auch die Urheber von Todesdrohungen zu suchen, denen sich namhafte Advokaten einer Verhandlungslösung seit Jahresbeginn ausgesetzt sehen.

Auch auf Seiten der Guerilla ist nicht anzunehmen, dass der Uebergang von Krieg zu Frieden durchwegs reibungslos vonstatten gehen wird. Mit dem jetzt abgeschlossenen Kompromiss, der im wesentlichen auf die grundsätzliche Anerkennung der geltenden staatlichen Ordnung hinausläuft, werden sich die radikaleren Elemente innerhalb der URNG nur sehr schwer abfinden können. Die Gefahr, dass sie den Kampf auf eigene Faust, womöglich mit extremen Mitteln als bisher fortführen, ist daher nicht von der Hand zu weisen.

Ebensosehr ist schliesslich auch damit zu rechnen, dass die Gegner einer Verhandlungslösung auf beiden Seiten versuchen werden, mit Aktionen "unter falscher Flagge" die Friedensbereitschaft der Gegenseite zu diskreditieren.

Bei alledem überwiegt aber doch in Guatemala die Hoffnung und Erwartung, die nun begonnene Annäherung werde sich noch verstärken und in absehbarer Zukunft zu einer Friedenslösung führen. Geradezu symbolisch wirkt in dieser Hinsicht Mario Sandoval, der als Generalsekretär die stärkste Rechtspartei des Landes, "Movimiento de Liberación Nacional" (MLN) an den Verhandlungen vertrat. Seit 40 Jahren gilt Sandoval als Musterbeispiel eines militanten Antikommunisten und das MLN wird traditionell mit "Todeschwadronen" in Verbindung gebracht. Vom Saulus zum Paulus geworden, berichtete er nach seiner Rückkehr von tränenreichen Umarmungen mit dem Generalsekretär der (seit etwa einem Jahr der URNG angehörenden) Kommunistischen Partei, oder davon, wie er andere Parteivertreter davon überzeugte, dass die Widerstandskämpfer keine Amnestie benötigten, weil ihr Kampf keine kriminelle Handlung sei. Sandoval ist schon fortgeschrittenen Alters, aber im

./.

- 5 -

politischen Leben des Landes noch sehr präsent. Sollten andere, gleichaltrige oder jüngere Guatemalteken es ihm in seiner Wandlungsfähigkeit gleich tun können, stehen die Aussichten auf echten Fortschritt in Guatemala besser als seit langem.

Der Schweizerische Botschafter

Hold



Kopie: - Politische Abteilung II  
- DEH, Lateinamerikasektion  
- BAWI, Lateinamerikadienst  
- San José  
- Washington